

Bilanz-, Prüfungs- und Steuerwesen
Band 16

Pensionsverpflichtungen nach neuem HGB und IFRS

Auswirkungen von
Contractual Trust Arrangements

Von
Dr. Marco Keßler

Erich Schmidt Verlag

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

**Weitere Informationen
zu diesem Titel finden Sie im Internet unter
[ESV.info/978 3 503 12091 8](http://ESV.info/9783503120918)**

ISBN: 978 3 503 12091 8

ISSN: 1862-0922

Alle Rechte vorbehalten
© Erich Schmidt Verlag GmbH & Co., Berlin 2010
www.ESV.info

Dieses Papier erfüllt die Frankfurter Forderungen
der Deutschen Nationalbibliothek und der Gesellschaft für das
Buch bezüglich der Alterungsbeständigkeit und entspricht
sowohl den strengen Bestimmungen der US Norm Ansi/Niso
Z 39.48-1992 als auch der ISO-Norm 9706.

Druck und Bindung: Hubert & Co, Göttingen

Geleitwort

Innerhalb des Jahresabschlusses haben die Pensionsverpflichtungen eine herausragende quantitative Bedeutung für den Bilanzierenden sowie den externen Bilanzanalysten. Speziell in Deutschland existiert ein komplexes System der betrieblichen Altersversorgung, das den Unternehmen eine Vielzahl von Zusageformen und Durchführungswegen erlaubt, die sich in unterschiedlicher Art und Weise bilanziell niederschlagen. Insbesondere die Bilanzierung der in Deutschland vorherrschenden Direktzusagen wird als schwierig angesehen. Gleichwohl fehlt es bisher in der Literatur an einer umfassenden Auseinandersetzung mit den Möglichkeiten und Problemen der betrieblichen Altersversorgung – insbesondere unter der Berücksichtigung der Neuerungen durch das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz. Diese Lücke schließt die Arbeit von Dr. Keßler.

Im Mittelpunkt der Arbeit steht eine besondere Form der betrieblichen Altersversorgung, die Direktzusage mittels einer Finanzierung durch ein contractual trust arrangement (CTA), und die Auswirkungen dieses Rechtskonstrukts auf den Jahresabschluss eines deutschen nach den HGB- und den IFRS-Normen bilanzierenden Unternehmens. Aufbauend auf einer Beschreibung des Rechtskonstrukts des CTA und seiner arbeitsrechtlichen Einstufung legt er den Fokus seiner Ausführungen auf die bilanzpolitischen Möglichkeiten bei der Abbildung von Pensionsverpflichtungen in einem HGB- sowie einem nach den endorsed IFRS aufgestellten Abschluss. Anhand zahlreicher Beispiele und Übersichten erläutert er die bilanzielle Abbildung der betrieblichen Altersversorgung nach den einzelnen Rechnungslegungssystemen.

Wie in keiner anderen Arbeit zuvor versteht es Dr. Keßler hervorragend, den Leser umfassend und tief in die komplexe Welt der betrieblichen Altersversorgung nach HGB und IFRS einzuführen. Er beschränkt sich nicht auf eine kritische Würdigung, sondern er erarbeitet zahlreiche fundierte Verbesserungsvorschläge. Der Verdienst von Dr. Keßler ist es ferner, die Ungereimtheiten und Fragwürdigkeiten beider Rechnungslegungssysteme, die es in zahlreichen Fällen zu konstatieren gilt, auf den Prüfstand zu stellen. Dem Experten waren die Mängel des deutschen Bilanzrechts vor Verabschiedung des BilMoG und der Bilanzierungspraxis bei der Darstellung der betrieblichen Altersversorgung bereits in Teilen bekannt. Diese Mängel hat Dr. Keßler hervorragend herausgearbeitet und im Hinblick auf das BilMoG vertieft. Geradezu erfrischend und wohltuend ist es, wie Dr. Keßler zudem die Grenzen und Schwächen der relevanten Normen des IFRS-Rechts aufzeigt und ihre Sinnhaftigkeit in Frage stellt.

Die vorliegende Arbeit wird maßgeblich zur Kritik und Fortentwicklung der einzelgesellschaftlichen Normen des HGB- und IFRS-Rechts zum Themengebiet der Direktzusagen

beitragen; enthält sie doch zahlreiche Erkenntnisse und Anregungen zur Bilanzierung in der Praxis. Darüber hinaus konnte auch ein weißer Fleck auf der wissenschaftlichen Landkarte der Bilanzierung von betrieblichen Altersversorgungen beseitigt werden. Ich wünsche der Promotionsschrift von Herrn Dr. Keßler, dass sie die Diskussion zur bilanzrechtlichen Behandlung der betrieblichen Altersversorgung nachhaltig beeinflussen wird.

Saarbrücken, im September 2009

Prof. Dr. Karlheinz Küting

Vorwort

Die vorliegende Arbeit entstand während meiner Tätigkeit als Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Wirtschaftsprüfung (IWP) der Universität des Saarlandes. Sie wurde im Sommersemester 2009 von der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität des Saarlandes unter dem Titel „Bilanzpolitische Möglichkeiten und Grenzen der Abbildung von Pensionsverpflichtungen nach HGB und den IFRS – Auswirkungen von contractual trust arrangements (CTA) auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie die Cashflows deutscher Unternehmen“ als Dissertation angenommen.

Ziel der Arbeit ist eine Darstellung der vielfältigen bilanzpolitischen Möglichkeiten, die der Bilanzierende bei der Abbildung von Pensionsverpflichtungen in einem HGB- sowie einem IFRS-Abschluss hat. Der Fokus liegt hierbei auf den sog. contractual trust arrangements (CTA), die bis zur Verabschiedung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes keine bilanzielle Berücksichtigung im deutschen Handelsrecht fanden. Erst durch die Gesetzesnovelle wurden die deutschen Vorschriften an internationale Standards angepasst, ohne diese gänzlich zu kopieren. Aus diesem Grund haben die einzelnen Rechnungslegungsnormensysteme in diesem Punkt individuelle Stärken und Schwächen, die es herauszuarbeiten und zu würdigen gilt.

Die Veröffentlichung einer Promotion ist ohne vielfältige Hilfe nicht möglich. Mein Dank gilt allen, die mich – von dem Entschluss zu promovieren bis zum heutigen Tag – unterstützt und motiviert haben.

Herzlicher Dank gebührt meinem verehrten akademischen Lehrer Prof. Dr. Karlheinz Küting, der mich in den letzten Jahren am Institut gefordert und gefördert hat. Er legte stets Wert darauf, nicht im Elfenbeinturm zu arbeiten, sondern er hat mich und meine Kollegen fortwährend dazu gedrängt, den praktischen Bezug unseres Fachs nicht aus den Augen zu verlieren. Besonders danken möchte ich auch Herrn Prof. Dr. Heinz Kußmaul nicht nur für die Übernahme des Zweitgutachtens, sondern ebenfalls für sein Engagement und seine Unterstützung während des Disputationsverfahrens. Frau Prof. Groeppel-Klein danke ich für die Übernahme des Vorsitzes des Disputationsausschusses. Herrn Dr. Hauser danke ich für die Übernahme des Beisitzes.

Besonderer Dank gilt meinen Freunden, die in den vergangenen Jahren sehr viel Geduld und Verständnis aufbrachten, und meinen aktuellen Kollegen, die mich durch ihr Engagement, ihre Sachkunde und ihre freundschaftliche Verbundenheit durch alle Phasen der Promotion getragen haben. Namentlich sind hier Mana Mojadadr, David Ellmann, Peter Lauer, Christoph Seel, Marc Strauß und Thomas Tesche zu nennen. Der freundschaftliche Umgang am Lehrstuhl zeigt sich auch darin, dass viele ehemalige Kollegen, von denen

ich einige exemplarisch aufzählen möchte, mich auch nach ihrer Lehrstuhl­tätigkeit fachlich und moralisch unterstützt haben. Dafür bedanke ich mich bei Dr. Ulrike Dürr, Dr. Andreas Gattung, Arne Groth, Dr. Harald Kessler, Christian Koch, Prof. Dr. Peter Lorson, Dr. Daniel Ranker und Dr. Frank Wohlgemuth. Nicht unerwähnt bleiben darf das besondere und beispiellose Engagement von Christian Metz, der sich vor und während der Promotionszeit nicht nur durch fachliche Impulse um den Fortschritt der Arbeit verdient gemacht hat. Auch Herrn Dr. Johannes Wirth, mit dem ich beruflich und freundschaftlich verbunden bleibe, danke ich herzlich für seine stete Diskussionsbereitschaft und sein offenes Ohr. Karla Wobido danke ich für die gute Zusammenarbeit und die schöne Arbeitsatmosphäre, die sie durch ihre herzliche Art am Lehrstuhl schafft.

Großen Dank schulde ich – stellvertretend für meine Familie – meiner Großmutter Marliese Jung, die sich immer um mein Wohl sorgt, und meiner Mutter Renate Keßler, die mich in jeder Phase meines Lebens unterstützt und stets meine eigenen Entscheidungen gefördert hat. Ohne sie wäre mein bisheriger Werdegang nicht möglich gewesen. Besonders herzlich danke ich auch meiner Frau Melanie Colling-Keßler, die mich ständig motiviert hat und ohne deren Geduld und Beistand die Fertigstellung der Promotion kaum denkbar gewesen wäre. Durch die Hochzeit mit ihr hat sich meine Familie erweitert. Zu nennen sind hier beispielhaft ihre Eltern Inge und Ernst Colling, die mich mit ihrem unermüdlichen Einsatz vor (weiteren) formalen und inhaltlichen Fehlern bewahrt haben.

St. Wendel, im September 2009

Dr. Marco Keßler

Inhaltsübersicht

Abbildungsverzeichnis	XXI
Tabellenverzeichnis	XXV
Abkürzungsverzeichnis	XXVII
1 Problemstellung und Gang der Untersuchung	1
1.1 Problemstellung	1
1.2 Gang der Untersuchung	7
2 Betriebliche Altersversorgung in Deutschland	11
2.1 Definition betriebliche Altersversorgung	11
2.2 Versorgungszusage des Arbeitgebers	20
2.2.1 Rechtsbegründungsakt	20
2.2.2 Durchführungswege der betrieblichen Altersversorgung	24
2.2.3 Leistungsplan	38
2.3 Bedeutung der betrieblichen Altersversorgung in Deutschland	45
3 Das contractual trust arrangement (CTA)	51
3.1 Vorbemerkung	51
3.2 Möglichkeiten und Gründe zur Auslagerung der Verpflichtungen aus betrieblicher Altersversorgung	52
3.2.1 Möglichkeiten der Auslagerung	52
3.2.2 Gründe zur Auslagerung der Pensionsverpflichtungen und deren Finanzierungsmöglichkeiten	54
3.3 Das contractual trust arrangement (CTA) als mögliche Finanzierungsform betrieblicher Altersversorgung	68
3.3.1 Begriff und Grundform des contractual trust arrangement	68
3.3.2 Einfluss der Insolvenzversicherung auf den Aufbau eines contractual trust arrangement	73
3.4 Anforderungen an die auszulagernden Vermögensgegenstände	81
3.5 Zusammenfassende Beurteilung des contractual trust arrangement	84
4 Bilanzierung von Pensionsverpflichtungen nach HGB de lege lata	85
4.1 Bedeutung der handelsrechtlichen Rechnungslegung für den Untersuchungsgegenstand der vorliegenden Arbeit	85

4.2	Pensionsverpflichtungen und Pensionsrückstellungen – eine begriffliche Abgrenzung	87
4.3	Bilanzielle Abbildung der Pensionsverpflichtungen nach HGB de lege lata . . .	90
4.3.1	Bilanzierung dem Grunde nach	90
4.3.2	Bilanzierung der Höhe nach	111
4.3.3	Änderung und Auflösung von Pensionsrückstellungen	137
4.3.4	Bilanzierung dem Ausweis nach	144
4.4	Relevanz von Treuhandkonstruktionen bei der Abbildung von Pensionsverpflich- tungen im handelsrechtlichen Jahresabschluss	160
4.4.1	Wirtschaftliche Zurechnung im Bilanzrecht	161
4.4.2	Bilanzielle Abbildung von contractual trust arrangements und deren Bedeutung für Pensionsverpflichtungen	163
4.5	Bilanzpolitische Möglichkeiten nach HGB im Überblick	165
4.5.1	Bilanzpolitik und Bilanzanalyse	165
4.5.2	Bilanzpolitik bei der betrieblichen Altersversorgung	168
5	Bilanzierung von Pensionsverpflichtungen nach dem Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz	173
5.1	Vorbemerkungen	173
5.2	Ziele des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes	175
5.3	Bilanzierung dem Grunde nach	180
5.3.1	Neuerungen durch den Referentenentwurf: Passivierungspflicht für mittelbare Verpflichtungen	181
5.3.2	Beibehaltung der Passivierungswahlrechte	183
5.4	Bilanzierung der Höhe nach	198
5.4.1	Abzinsungspflicht und Einzelbewertungsgrundsatz	198
5.4.2	Berücksichtigung von Gehaltstrends und sonstiger Kosten	214
5.4.3	Höhe der am Zeitwert von Wertpapieren ausgerichteten Verpflichtungen	216
5.5	Bilanzierung dem Ausweis nach: Saldierung von Vermögen und Schulden	218
5.5.1	Saldierungsmöglichkeit von Vermögen und Schulden nach § 246 Abs. 2 HGB n. F.	218
5.5.2	Bewertung des zu verrechnenden Vermögens	225
5.6	Die Ausschüttungssperre des § 268 Abs. 8 HGB n. F.	243
5.6.1	Bilanzorientierte versus erfolgsorientierte Ausschüttungssperre	243
5.6.2	Bilanzorientierte Ausschüttungssperre nach § 268 Abs. 8 HGB n. F.	249
5.7	Wirtschaftliche versus rechtliche Zuordnung der ausgelagerten Vermögensgegenstände	250

5.7.1	Widerspruch zwischen § 246 Abs. 1 Satz 2 HGB-RegE und § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB-RegE?	250
5.7.2	Wirtschaftliche Zurechnung nach § 246 Abs. 1 Satz 2 HGB n. F.	252
5.8	Auswirkungen auf die Darstellung der Ertragslage	253
5.8.1	Ausweis des Aufwands aus der Abzinsung der Rückstellungen und Reichweite der Vorschrift	253
5.8.2	Saldierung der Aufwendungen und Erträge gem. § 246 Abs. 2 Satz 2 Halbsatz 2 HGB n. F.	254
5.8.3	Saldierung versus Bruttodarstellung in der Gewinn- und Verlustrechnung	255
5.8.4	Ausweis ausschüttungsgesperrter Erträge	261
5.9	Rückstellungsspiegel	262
5.10	Erweiterte Angabepflichten	263
5.11	Übergangsvorschriften	266
5.12	Auswirkungen des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes auf die Steuerbilanz	270
5.13	Bilanzpolitische Möglichkeiten nach dem Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz im Überblick	277
5.14	Würdigung der Reformmaßnahmen	281
6	Bilanzierung von Pensionsverpflichtungen nach den IFRS	285
6.1	Vorbemerkungen	285
6.1.1	Die Bedeutung der IFRS und die weltweiten Konvergenzbemühungen	285
6.1.2	Die Bedeutung von IAS 19 im Licht aktueller Entwicklungen	287
6.2	Anwendungsbereich und Zielsetzung des IAS 19	290
6.2.1	Anwendungsbereich	290
6.2.2	Zielsetzung des IAS 19	291
6.3	Kategorisierung der Pensionsverpflichtungen nach den IFRS	294
6.3.1	Der Schuldbegriff der IFRS	294
6.3.2	Betriebliche Altersversorgung als Schuld gem. IAS 19	295
6.3.3	Klassifizierung der Pensionspläne	296
6.4	Bilanzierung beitragsorientierter Zusagen	306
6.5	Bilanzierung leistungsorientierter Zusagen	310
6.5.1	Vorbemerkung	310
6.5.2	Schrittfolge zur Bilanzierung leistungsorientierter Pläne	312
6.5.3	Abbildung der betrieblichen Altersversorgung in der Bilanz	313
6.5.4	Abbildung der betrieblichen Altersversorgung in der Gewinn- und Verlustrechnung	362

6.5.5	Beispielhafte Darstellung der Auswirkungen versicherungsmathematischer Gewinne und Verluste	365
6.5.6	Abbildung der betrieblichen Altersversorgung in der Kapitalflussrechnung	369
6.5.7	Abbildung der betrieblichen Altersversorgung im Eigenkapitalspiegel . .	370
6.5.8	Anhangangaben gem. IAS 19.120 ff.	372
6.5.9	Auswirkungen leistungsorientierter Pläne am Beispiel der Siemens AG .	373
6.6	Bilanzpolitische Möglichkeiten nach IAS 19 im Überblick	377
6.7	Entwicklungstendenzen bei der Bilanzierung der betrieblichen Altersversorgung nach den IFRS	380
7	Thesenförmige Zusammenfassung der Untersuchungsergebnisse	385
	Literaturverzeichnis	391
	Stichwortverzeichnis	485

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis	XXI
Tabellenverzeichnis	XXV
Abkürzungsverzeichnis	XXVII
1 Problemstellung und Gang der Untersuchung	1
1.1 Problemstellung	1
1.2 Gang der Untersuchung	7
2 Betriebliche Altersversorgung in Deutschland	11
2.1 Definition betriebliche Altersversorgung	11
2.2 Versorgungszusage des Arbeitgebers	20
2.2.1 Rechtsbegründungsakt	20
2.2.2 Durchführungswege der betrieblichen Altersversorgung	24
2.2.2.1 Direktzusage	25
2.2.2.2 Mittelbare Versorgungszusage	28
2.2.3 Leistungsplan	38
2.3 Bedeutung der betrieblichen Altersversorgung in Deutschland	45
3 Das contractual trust arrangement (CTA)	51
3.1 Vorbemerkung	51
3.2 Möglichkeiten und Gründe zur Auslagerung der Verpflichtungen aus betrieblicher Altersversorgung	52
3.2.1 Möglichkeiten der Auslagerung	52
3.2.2 Gründe zur Auslagerung der Pensionsverpflichtungen und deren Finanzierungsmöglichkeiten	54
3.2.2.1 Gründe zur Auslagerung	54
3.2.2.2 Finanzierung der Pensionsverpflichtungen	63
3.3 Das contractual trust arrangement (CTA) als mögliche Finanzierungsform betrieblicher Altersversorgung	68
3.3.1 Begriff und Grundform des contractual trust arrangement	68
3.3.1.1 Definition eines contractual trust arrangement	68

3.3.1.2	Grundform eines contractual trust arrangement	70
3.3.2	Einfluss der Insolvenzsicherung auf den Aufbau eines contractual trust arrangement	73
3.3.2.1	Einseitige Treuhandmodelle	73
3.3.2.1.1	Aufbau	73
3.3.2.1.2	Beurteilung der Insolvenzfestigkeit	75
3.3.2.2	Doppelseitige Treuhandmodelle	78
3.3.2.2.1	Aufbau	78
3.3.2.2.2	Beurteilung der Insolvenzfestigkeit	79
3.4	Anforderungen an die auszulagernden Vermögensgegenstände	81
3.5	Zusammenfassende Beurteilung des contractual trust arrangement	84
4	Bilanzierung von Pensionsverpflichtungen nach HGB de lege lata	85
4.1	Bedeutung der handelsrechtlichen Rechnungslegung für den Untersuchungsgegenstand der vorliegenden Arbeit	85
4.2	Pensionsverpflichtungen und Pensionsrückstellungen – eine begriffliche Abgrenzung	87
4.3	Bilanzielle Abbildung der Pensionsverpflichtungen nach HGB de lege lata	90
4.3.1	Bilanzierung dem Grunde nach	90
4.3.1.1	Sachliche Voraussetzungen für die Bildung von Verbindlichkeitsrückstellungen	90
4.3.1.2	Mittelbare versus unmittelbare Pensionsverpflichtungen	99
4.3.1.3	Einfluss des Durchführungswegs und der Art der Versorgungszusage auf die Bilanzierung dem Grunde nach und daraus resultierende Rechtsfolgen	107
4.3.2	Bilanzierung der Höhe nach	111
4.3.2.1	Grundsatz der Einzelbewertung	116
4.3.2.1.1	Zielsetzung der Einzelbewertung und Anwendbarkeit auf Pensionsverpflichtungen	116
4.3.2.1.2	Versicherungsmathematische Bewertungsverfahren	118
4.3.2.2	Handelsrechtliches Stichtagsprinzip	125
4.3.2.2.1	Zeitpunkt der Bewertung	125
4.3.2.2.2	Stichtagsprinzip und zukünftige Preissteigerungen	127
4.3.2.3	Abzinsung von Pensionsrückstellungen	130
4.3.2.3.1	Grundlagen	130
4.3.2.3.2	Abzinsung von Rentenverpflichtungen	132
4.3.2.3.3	Höhe des Abzinsungssatzes und damit verbundene Auswirkungen	134
4.3.3	Änderung und Auflösung von Pensionsrückstellungen	137

4.3.3.1	Zunahme der Verpflichtungshöhe	137
4.3.3.2	Abnahme der Verpflichtungshöhe durch Auszahlung bzw. Wegfall des Verpflichtungsanspruchs	139
4.3.3.3	Abnahme der Verpflichtungshöhe durch Übertragung der Ver- sorgungsansprüche auf einen externen Versorgungsträger . . .	141
4.3.3.4	Änderung der Bewertungsparameter des versicherungsmathe- matischen Bewertungsverfahrens	142
4.3.4	Bilanzierung dem Ausweis nach	144
4.3.4.1	Ausweis in der Bilanz	144
4.3.4.2	Ausweis in der Gewinn- und Verlustrechnung	147
4.3.4.3	Anhangangaben	152
4.3.4.3.1	Aufstellungspflicht und Aufgaben des Anhangs . . .	152
4.3.4.3.2	Angabe der Bilanzierungs- und Bewertungsmethode gem. § 284 HGB	154
4.3.4.3.3	Anhangangaben gem. Art. 28 Abs. 2 EGHGB . . .	155
4.3.4.3.4	Anhangangaben gem. § 285 HGB	157
4.4	Relevanz von Treuhandkonstruktionen bei der Abbildung von Pensionsverpflich- tungen im handelsrechtlichen Jahresabschluss	160
4.4.1	Wirtschaftliche Zurechnung im Bilanzrecht	161
4.4.2	Bilanzielle Abbildung von contractual trust arrangements und deren Bedeutung für Pensionsverpflichtungen	163
4.5	Bilanzpolitische Möglichkeiten nach HGB im Überblick	165
4.5.1	Bilanzpolitik und Bilanzanalyse	165
4.5.2	Bilanzpolitik bei der betrieblichen Altersversorgung	168
5	Bilanzierung von Pensionsverpflichtungen	
	nach dem Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz	173
5.1	Vorbemerkungen	173
5.2	Ziele des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes	175
5.3	Bilanzierung dem Grunde nach	180
5.3.1	Neuerungen durch den Referentenentwurf: Passivierungspflicht für mittelbare Verpflichtungen	181
5.3.2	Beibehaltung der Passivierungswahlrechte	183
5.3.2.1	Rückgängigmachung der Vorschläge des Referentenentwurfs . .	183
5.3.2.2	Begründung des Regierungsentwurfs	184
5.3.2.3	Mittelbare Verpflichtungen in der kommunalen Rechnungslegung	189
5.3.2.4	Beibehaltung der Wahlrechte des Art. 28 EGHGB nach Verab- scheidung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes	198

5.4	Bilanzierung der Höhe nach	198
5.4.1	Abzinsungspflicht und Einzelbewertungsgrundsatz	198
5.4.1.1	Die Neuregelung des § 253 Abs. 2 HGB n. F.	198
5.4.1.2	Unterschiede bei der Abzinsung zwischen Referenten- und Regierungsentwurf des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes	200
5.4.1.3	Bilanzrechtliche Begründung der Abzinsungspflicht	202
5.4.1.4	Ermittlung des Abzinsungssatzes	205
5.4.1.5	Ausnahme vom Einzelbewertungsgrundsatz	209
5.4.1.6	Würdigung der Abzinsungsregelung	210
5.4.2	Berücksichtigung von Gehaltstrends und sonstiger Kosten	214
5.4.3	Höhe der am Zeitwert von Wertpapieren ausgerichteten Verpflichtungen	216
5.5	Bilanzierung dem Ausweis nach: Saldierung von Vermögen und Schulden	218
5.5.1	Saldierungsmöglichkeit von Vermögen und Schulden nach § 246 Abs. 2 HGB n. F.	218
5.5.1.1	Voraussetzungen der Saldierung nach § 246 Abs. 2 HGB n. F.	218
5.5.1.2	Zielsetzung der Saldierung nach § 246 Abs. 2 HGB n. F.	223
5.5.2	Bewertung des zu verrechnenden Vermögens	225
5.5.2.1	Die Bewertung des Planvermögens nach dem Referentenentwurf zum Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz	226
5.5.2.2	Die Bewertung des Planvermögens nach dem Regierungsentwurf zum Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz	232
5.5.2.2.1	Zeitwertbewertung des Planvermögens	232
5.5.2.2.2	Die Begrenzung der Zeitwertbewertung nach § 253 Abs. 1 Satz 3 und 4 HGB-RegE auf den Erfüllungsbetrag der Schulden	234
5.5.2.3	Bewertung des Planvermögens nach dem Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz	235
5.5.2.3.1	Ausweis des positiven Saldos aus Verpflichtungsumfang und dem Wert der ausgelagerten Vermögensgegenstände	235
5.5.2.3.2	Bilanzielle Auswirkungen der Saldierung	237
5.5.2.3.3	Würdigung des Vermögensausweises	240
5.6	Die Ausschüttungssperre des § 268 Abs. 8 HGB n. F.	243
5.6.1	Bilanzorientierte versus erfolgsorientierte Ausschüttungssperre	243
5.6.2	Bilanzorientierte Ausschüttungssperre nach § 268 Abs. 8 HGB n. F.	249

5.7	Wirtschaftliche versus rechtliche Zuordnung der ausgelagerten Vermögensgegenstände	250
5.7.1	Widerspruch zwischen § 246 Abs. 1 Satz 2 HGB-RegE und § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB-RegE?	250
5.7.2	Wirtschaftliche Zurechnung nach § 246 Abs. 1 Satz 2 HGB n. F.	252
5.8	Auswirkungen auf die Darstellung der Ertragslage	253
5.8.1	Ausweis des Aufwands aus der Abzinsung der Rückstellungen und Reichweite der Vorschrift	253
5.8.2	Saldierung der Aufwendungen und Erträge gem. § 246 Abs. 2 Satz 2 Halbsatz 2 HGB n. F.	254
5.8.3	Saldierung versus Bruttodarstellung in der Gewinn- und Verlustrechnung	255
5.8.4	Ausweis ausschüttungsgesperrter Erträge	261
5.9	Rückstellungsspiegel	262
5.10	Erweiterte Angabepflichten	263
5.11	Übergangsvorschriften	266
5.12	Auswirkungen des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes auf die Steuerbilanz	270
5.13	Bilanzpolitische Möglichkeiten nach dem Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz im Überblick	277
5.14	Würdigung der Reformmaßnahmen	281
6	Bilanzierung von Pensionsverpflichtungen nach den IFRS	285
6.1	Vorbemerkungen	285
6.1.1	Die Bedeutung der IFRS und die weltweiten Konvergenzbemühungen	285
6.1.2	Die Bedeutung von IAS 19 im Licht aktueller Entwicklungen	287
6.2	Anwendungsbereich und Zielsetzung des IAS 19	290
6.2.1	Anwendungsbereich	290
6.2.2	Zielsetzung des IAS 19	291
6.3	Kategorisierung der Pensionsverpflichtungen nach den IFRS	294
6.3.1	Der Schuldbegriff der IFRS	294
6.3.2	Betriebliche Altersversorgung als Schuld gem. IAS 19	295
6.3.3	Klassifizierung der Pensionspläne	296
6.3.3.1	Klassifizierung als beitragsorientierter Plan (defined contribution plan)	298
6.3.3.2	Klassifizierung als leistungsorientierter Plan (defined benefit plan)	302
6.4	Bilanzierung beitragsorientierter Zusagen	306
6.5	Bilanzierung leistungsorientierter Zusagen	310

6.5.1	Vorbemerkung	310
6.5.2	Schrittfolge zur Bilanzierung leistungsorientierter Pläne	312
6.5.3	Abbildung der betrieblichen Altersversorgung in der Bilanz	313
6.5.3.1	Ermittlung der Pensionsverpflichtung (defined benefit obligation)	315
6.5.3.1.1	Versicherungsmathematisches Bewertungsverfahren und Zuordnung der Leistung zu einzelnen Dienstjahren	316
6.5.3.1.2	Versicherungsmathematische Annahmen	322
6.5.3.1.2.1	Abzinsungssatz	324
6.5.3.1.2.2	Gehälter und Leistungen	331
6.5.3.2	Planvermögen – plan assets	333
6.5.3.2.1	Definition des Planvermögens	333
6.5.3.2.2	Qualifizierte Vermögenswerte	335
6.5.3.2.3	Bewertung des Planvermögens	345
6.5.3.3	Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste	347
6.5.3.3.1	Entstehung und Definition versicherungsmathematischer Gewinne und Verluste	347
6.5.3.3.2	Die bisherige Regelung des IAS 19 (rev. 2002)	348
6.5.3.3.3	Die dritte Option zur Bilanzierung versicherungsmathematischer Gewinne und Verluste in IAS 19	350
6.5.3.3.4	Kritische Würdigung der Bilanzierung versicherungsmathematischer Gewinne und Verluste nach IAS 19	354
6.5.3.3.4.1	Argumente für/gegen die Verteilung des Aufwands/Ertrags	355
6.5.3.3.4.2	Erfolgswirksamkeit der Änderungen	357
6.5.3.3.4.3	Zwischenfazit	359
6.5.3.4	Nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand	361
6.5.3.5	Ausweis eines Vermögenswerts und Asset Ceiling	362
6.5.4	Abbildung der betrieblichen Altersversorgung in der Gewinn- und Verlustrechnung	362
6.5.5	Beispielhafte Darstellung der Auswirkungen versicherungsmathematischer Gewinne und Verluste	365
6.5.6	Abbildung der betrieblichen Altersversorgung in der Kapitalflussrechnung	369
6.5.7	Abbildung der betrieblichen Altersversorgung im Eigenkapitalspiegel	370
6.5.8	Anhangangaben gem. IAS 19.120 ff.	372
6.5.9	Auswirkungen leistungsorientierter Pläne am Beispiel der Siemens AG	373
6.6	Bilanzpolitische Möglichkeiten nach IAS 19 im Überblick	377

6.7	Entwicklungstendenzen bei der Bilanzierung der betrieblichen Altersversorgung nach den IFRS	380
7	Thesenförmige Zusammenfassung der Untersuchungsergebnisse	385
	Literaturverzeichnis	391
	Stichwortverzeichnis	485